

Zu Beginn der Hauptkampagne:
Geldspielgesetz – Mehrheit dafür
Vollgeld-Initiative – Mehrheit dagegen



Kurzbericht 1. Welle der "SRG Trendumfragen" zur
Volksabstimmung vom 10. Juni 2018

Studie im Auftrag der SRG SSR, Mai 2018

Sperrfrist: 4. Mai 2018, 06:00 Uhr

Projektteam

Lukas Golder Politik- und Medienwissenschaftler

Martina Mousson Politikwissenschaftlerin

Alexander Frind Politikwissenschaftler

Stephan Tschöpe Politikwissenschaftler

Aaron Venetz Politikwissenschaftler

Noah Herzog Sekretariat und Administration

Daniel Bohn Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

Katrin Wattenhofer Politikwissenschaftlerin

José Kress Soziologe

Wichtiges in Kürze

Generelles

Wie üblich handelt es sich bei der ersten Befragung um eine Momentaufnahme, ohne direkte prognostische Absicht, denn der Abstimmungskampf und damit die Meinungsbildung setzen zu diesem Zeitpunkt normalerweise erst ein. Sie können bei Volksabstimmungen nachweislich das Ja/Nein-Verhältnis beeinflussen. Hinzu kommen Effekte aus der noch unbekanntem Mobilisierung durch die Kampagnen.

- Momentaufnahme** Einmalige Messung von Stimmabsichten, wie hier vorliegend
- Trend** Mindestens zweimalige Messung, um Entwicklungen mit verschiedenen Momentaufnahmen zu erkennen
- Projektionen** Momentaufnahmen, bei denen die Unentschiedenen verteilt werden
- Prognosen** Projektionen, welche die kommende Meinungsbildung bis zum Abstimmungstag mitberücksichtigen und die erwarteten Ja/Nein-Anteile bestimmen
- Festnetz und Mobilfunk** Die vorliegende Befragung wurde vom gfs-Befragungsdienst realisiert, die Auswertung und Analyse der Daten nahm das Forschungsinstitut gfs.bern vor. Befragt wurde via eines RDD-Dualframe-Verfahrens per Festnetz und Handy.
- Der mittlere Befragungstag war der 21. April 2018, Entscheidungen können jedoch bis am 10. Juni 2018 noch gefällt werden. Das sind 52 Tage, während derer ein wesentlicher Teil des Abstimmungskampfes und damit die Formierung des Volkswillens erst noch stattfinden wird.
- Keine Aussagen können wir über das Ständemehr machen, denn die Fallzahl lässt gesicherte Rückschlüsse auf die Kantone nicht zu.
- Sperrfrist** Die Sperrfrist für den aktuellen Bericht ist Freitag, der 4. Mai 2018, um 06:00 Uhr. Danach sind die Ergebnisse und der Bericht unter Quellenangaben frei.

Zitierweise

1. Welle der SRG-SSR-Trendbefragung zu den Volksabstimmungen vom 10. Juni 2018 vom Forschungsinstitut gfs.bern. Realisiert zwischen dem 16. und dem 26. April 2018 bei 1201 repräsentativ ausgewählten Stimmberechtigten.

Hauptergebnisse der 1. SRG-Trendumfrage

Wäre bereits am 21. April 2018 über die zwei Vorlagen der eidgenössischen Volksabstimmungen vom 10. Juni 2018 entschieden worden, wäre die Vollgeld-Initiative knapp gescheitert. Das Geldspielgesetz wäre dagegen knapp angenommen worden. Die Beteiligung hätte bei tiefen 38 Prozent gelegen.

Tabelle 1

Übersicht gegenwärtige Stimmabsichten Teilnehmewillige Abstimmung vom 10. Juni 2018

	bestimmt/ eher dafür	bestimmt/ eher dagegen	weiss nicht/ keine Antwort	bestimmt dafür und dagegen	Stand der Meinungsbildung
Vollgeld-Initiative	35	49	16	49	tief-mittel
Geldspielgesetz	52	39	9	53	tief-mittel

Bemerkung: Bei allen ausgewiesenen Zahlen ist bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit ein statistischer Unsicherheitsbereich von rund 2.9 Prozentpunkten plus/minus mitzudenken.

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 10. Juni 2018 im Trend, 1. Welle, 16.–26. April 2018 (n = 563)

Das sind die Hauptergebnisse der ersten von zwei Befragungen zur Volksabstimmung vom 10. Juni 2018. Realisiert wird die Serie vom Forschungsinstitut gfs.bern für die Medien der SRG SSR.

Betont sei, dass alle Angaben bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit mit einem Unsicherheitsbereich von ± 2.9 Prozentpunkten gelten. Ein Wert von 50 Prozent kann demnach zwischen 47.1 und 52.9 Prozent variieren, wobei kleinere Abweichungen wahrscheinlicher sind. Grössere Abweichungen, ausserhalb dieser Spannweite, kommen nur mit 5-prozentiger Wahrscheinlichkeit vor. Die Wahrscheinlichkeiten beziehen sich auf die Werte der aktuellen Befragung, nicht auf den Abstimmungsausgang am 10. Juni 2018.

Hier liegt eine Bestandsaufnahme rund 50 Tage vor dem Abstimmungstag vor. Es ist keine Prognose, sondern eine Ausgangslage zu Beginn der Hauptkampagnen im Abstimmungskampf.

Bundesgesetz über Geldspiele

Gegenwärtige Stimmabsichten

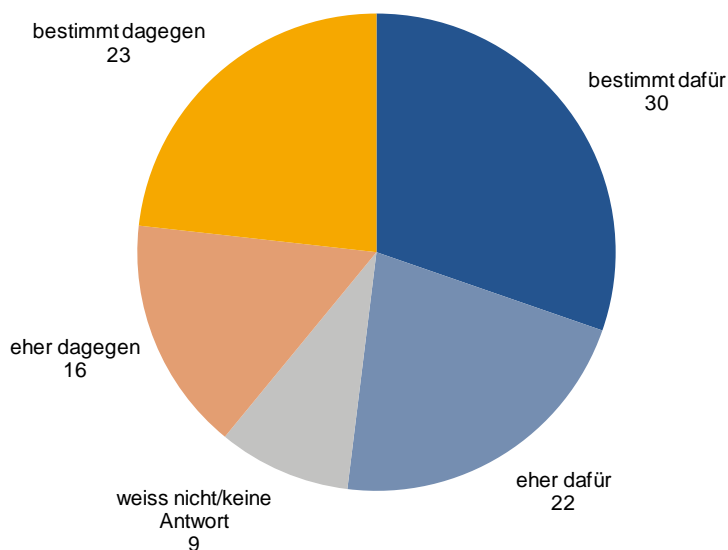
Am 21. April 2018 hätten 52 Prozent der teilnahmewilligen Stimmberechtigten bestimmt oder eher für das Geldspielgesetz gestimmt. 39 Prozent wären dagegen. Die Ja-Seite startet so mit einem Vorsprung von 13 Prozentpunkten in den Hauptabstimmungskampf.

Grafik 1

Filter Persönliche Stimmabsicht vom 10. Juni 2018: Geldspielgesetz

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über das Geldspielgesetz abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 10. Juni 2018 im Trend, 1. Welle, 16.–26. April 2018 (n = 563)

Die Teilnahme willigen gehen mehrheitlich von einer Annahme der Vorlage am Abstimmungstag aus. 57 Prozent erwarten das. Die mittlere Schätzung aller Teilnahme willigen für den Ja-Anteil beträgt 51 Prozent.

Stand der Meinungsbildung

53 Prozent haben eine feste Stimmabsicht; sie sind entweder bestimmt für oder bestimmt gegen das Geldspielgesetz. Eher entschieden sind weitere 38 Prozent; hier führt die Ja-Seite (22% zu 16%). Die Meinungsbildung ist für den Zeitpunkt erst tief-mittel ausgeprägt. Dies vor allem, weil die argumentative Abstützung der Stimmentscheide gering ist.

Konfliktmuster

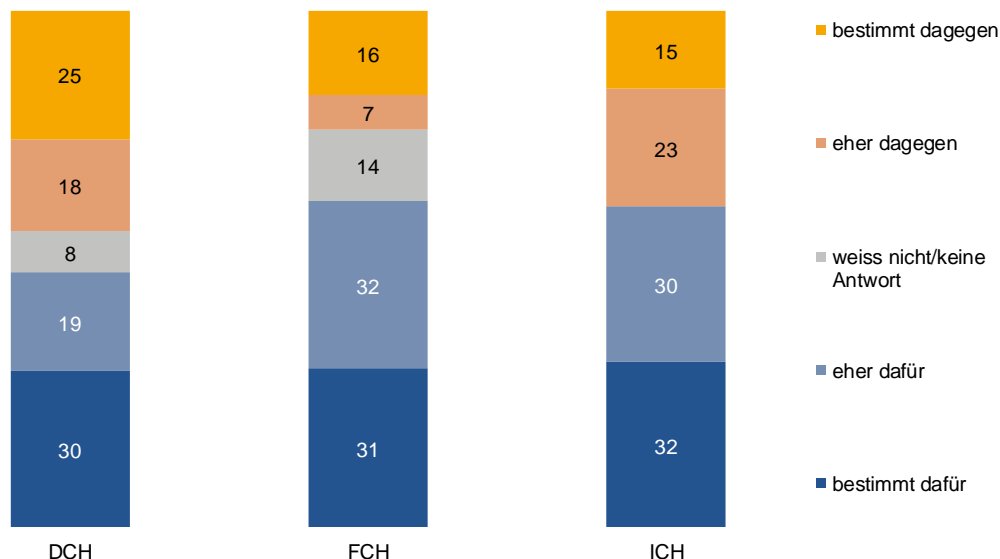
Das Konfliktmuster ist zunächst nach Sprachregion unterschiedlich. Die in der deutschsprachigen Schweiz entbrannte Kontroverse um Internetsperren wirkt sich in der lateinischsprachigen Schweiz bisher weniger kritisch gegen die Vorlage aus: Hier wollen deutlichere Mehrheiten der Revision zustimmen.

Von Bedeutung ist auch ein gewisser Generationenkonflikt, der sich bereits bei der Parolenfassung der Jungparteien zeigte. Jüngere sind gegenüber der Vorlage kritischer.

Filter Persönliche Stimmabsicht vom 10. Juni 2018 nach Sprachregion: Geldspielgesetz

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über das Geldspielgesetz abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



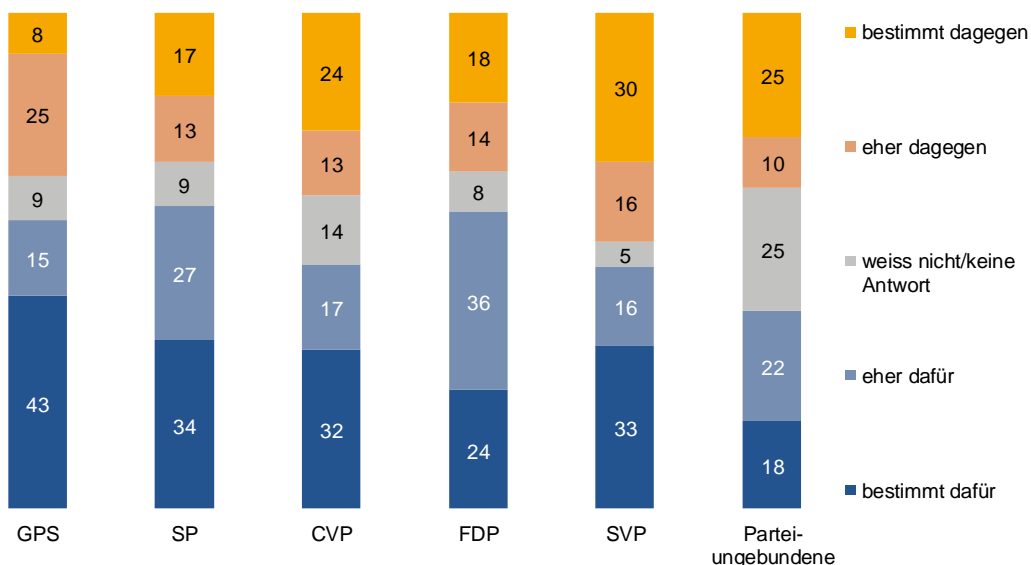
© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 10. Juni 2018 im Trend, 1. Welle, 16.–26. April 2018 (n = 563), sig.

Schliesslich zeigt sich eine gewisse Skepsis gegen die Vorlage in allen Parteianhängerschaften mit einer parteipolitischen Polarisierung. Ausgeprägter ist die Skepsis in den Reihen der SVP-Anhängerschaft, wobei sich zurzeit ein Patt zwischen Befürwortern und Gegner der Vorlage zeigt. Das passt zur offiziellen Stimmfreigabe der Parteispitze. Sehr offen ist die die Situation bei Parteiungebundenen.

Filter Persönliche Stimmabsicht vom 10. Juni 2018 nach Parteibindung: Geldspielgesetz

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über das Geldspielgesetz abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 10. Juni 2018 im Trend, 1. Welle, 16.–26. April 2018 (n = 563), sig.

Eindeutiger als bei den Stimmabsichten nach Parteibindung zeigt sich die Polarisierung entlang des Regierungsmisstrauens: Eine Mehrheit der Regierungskritischen will die Vorlage bereits ablehnen. Insgesamt zeigt sich deshalb ein evidenten Potenzial einer regierungskritischen Aufladung gegen die Vorlage, wenn zusätzliche Kreise mobilisiert werden können.

Unterschiedlich sind schliesslich die frühen Stimmabsichten der Geschlechter. Frauen sind eher deutlich mehrheitlich im Ja, Männer mit Teilnahmeabsicht sehen die Vorlage kritischer und wollen zu gerade 50 Prozent die Vorlage annehmen.

Nicht signifikant sind die Stimmabsichten nach Siedlungsart und Schulbildung.

Argumente

Addiert man die sechs getesteten Argumente zu einem Index, so zeigt sich ein gewisses verbleibendes Potenzial der Nein-Seite. Berücksichtigt man jedoch nur die bisher wirksamen Argumente, reduziert sich die Situation auf ein einziges und zudem stark umstrittenes Argument der Nein-Seite; jenes gegen Internetsperren. Setzt sich diese einseitige Diskussion fort, hat die Nein-Seite weniger Chancen. Die Ja-Seite kann mit zwei Argumente mit Bezug zum Ausland punkten. Weder wünschen sich Personen mit Teilnahmeabsicht Einflussnahme im Abstimmungskampf auf die Meinungsbildung, noch möchten sie, dass in der Schweiz erzielte Gewinne ins Ausland abfliessen. Nicht wirksam von der Ja-Seite sind die durchaus mehrheitlich anerkannten Beiträge für AHV und IV. Die Nein-Seite könnte mehrheitsfähig mit dem Heimatschutz für Schweizer Casinos oder der Gesetzestreue von allen Online-Anbietern punkten.

Trend in der Meinungsbildung

Die Entscheidung zum Geldspielgesetz ist schwach positiv vorbestimmt. Die weitere Meinungsbildung hängt primär vom Abstimmungskampf ab. Für den Normalfall – Anpassung an den Behördenstandpunkt – spricht der Vorteil der Ja-Seite bei Stimmabsichten, die Erwartung der Stimmbevölkerung sowie das Potenzial, mit moderaten sozialpolitischen Argumenten Mitte-links zu punkten. Dagegen spricht das Potenzial einer behördenkritischen Aufladung vor allem bei Parteiungebundenen und Mitte-rechts mit primär wettbewerbspolitischer Stossrichtung.

Stichworte für die Berichterstattung

- labil positive vorbestimmte Behördenvorlage mit wirksamer Opposition von internetaffinen Kreisen aus allen politischen Lagern
- erhöhte Ablehnungsbereitschaft Mitte-rechts und vor allem bei regierungskritischen Kreisen, offene Ausgangslage bei Parteiungebundenen: beschränktes Potenzial für ein Protestvotum vorhanden
- Polarisierung zwischen deutschsprachiger Schweiz mit erhöhter Skepsis, die sich bereits formiert hat, und lateinischsprachiger Schweiz mit weniger intensiver Kontroverse
- Generationenkonflikt weiterhin möglich: Opposition der Jungparteien ist auch bei Jüngeren verbreitet
- Internetsperren gezielt für Online-Spiele sind einzig wirksames Argument der Nein-Seite. Ja-Seite kann bisher vor allem mit Opposition gegen Geldabfluss ins Ausland oder Einflussnahme aus dem Ausland punkten und hat insgesamt inhaltliche Vorteile
- Intensivierung und inhaltliche Ausweitung der Kontroverse denkbar: liberale Wettbewerbspolitik hilft vielleicht der Nein-Seite, Sozialpolitik hilft der Ja-Seite

Volksinitiative "Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!"

Gegenwärtige Stimmabsichten

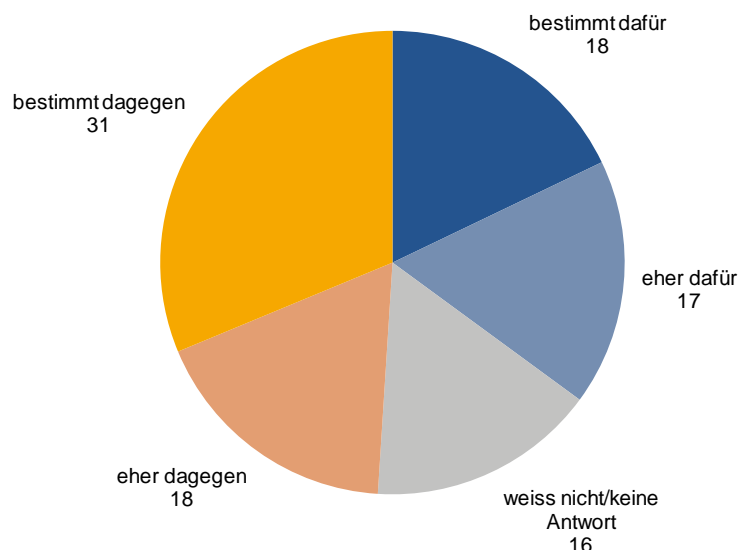
Aktuell würden 49 Prozent der teilnahmebereiten Bürgerinnen und Bürger bestimmt oder eher gegen die Vollgeld-Initiative stimmen. 35 Prozent wären bestimmt oder eher dafür. Die Nein-Seite startet demnach mit einem 14%-Punktevorsprung in den Hauptabstimmungskampf. Erwartet wird seitens der Teilnehmerinnen eine deutliche Ablehnung (mittlere Schätzung 60 Prozent Nein).

Grafik 4

Filter Persönliche Stimmabsicht vom 10. Juni 2018: Vollgeld-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Vollgeld-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 10. Juni 2018 im Trend, 1. Welle, 16.–26. April 2018 (n = 563)

Stand der Meinungsbildung

Die Meinungsbildung zur Initiative ist insgesamt negativ aber für den Zeitpunkt nur mässig fortgeschritten. Erst 49 Prozent der geäusserten Stimmabsichten sind dezidiert. Ein wenig gefestigtes Meinungsbild spricht für Kampagnenspielraum. Der tiefe Startwert der Vollgeld-Initiative schmälert zwar die Chancen auf einen Abstimmungserfolg, beeinflusst werden kann aber noch die Verteilung der Stimmenanteile.

Konfliktmuster

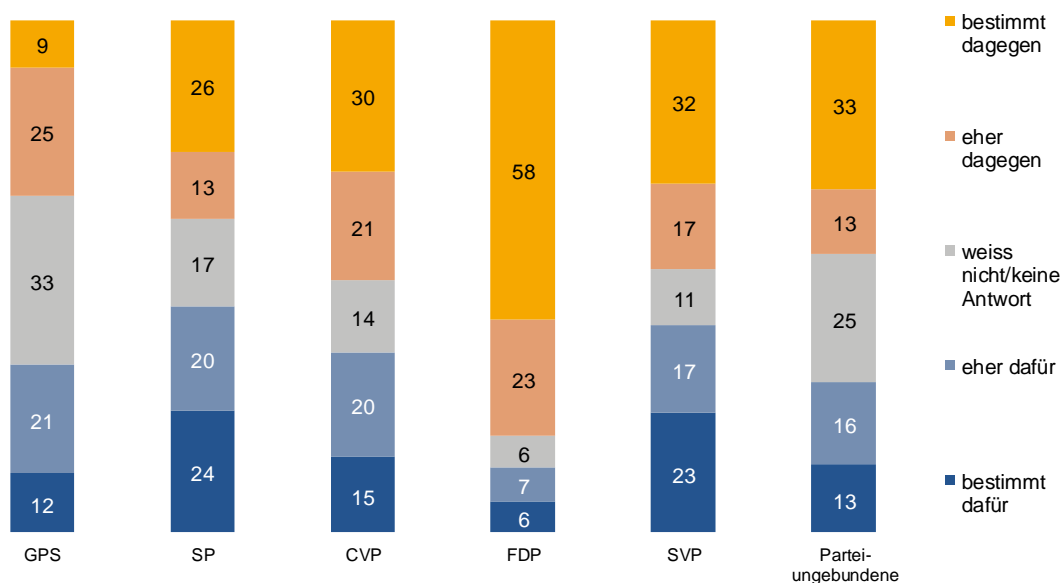
Die stärkste Polarisierung finden wir entlang der Parteibindungen, wobei die FDP-nahe Wählerschaft auffällt: sie erteilt dem Vorhaben eine deutliche Absage. Den Gegenpol bildet die SP-affine Wählerschaft, welche in knapper, relativer Mehrheit für die Vollgeld-Initiative ist. Es wird jedoch auf einen Blick erkennbar, dass es sich nicht um eine einfache Links-Rechts-Polarisierung handelt, denn im Umfeld der SVP existieren ähnlich hohe Sympathien wie im linken Parteienspektrum. Parteiungebundene sind mit einem Viertel Unentschiedenen noch wenig fest in ihrer Meinungsbildung aber tendenziell gegen die Vollgeld-Initiative.

Interessant ist an den schwach ausgeprägten Stimmabsichten der Parteiwählerschaften der Konflikt mit dem (erwarteten) geschlossenen Parolenspiegel der Parteispitzen gegen die Vollgeld-Initiative.

Filter Persönliche Stimmabsicht vom 10. Juni 2018 nach Parteibindung: Vollgeld-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Vollgeld-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 10. Juni 2018 im Trend, 1. Welle, 16.–26. April 2018 (n = 563), sig.

Sympathien geniesst die die Vollgeld-Initiative in regierungskritischen Kreisen (46% eher/bestimmt dafür), während Teilnahmewillige mit Vertrauen in die Regierung mehrheitlich dagegen sind (55% eher/bestimmt dagegen).

Auch Teilnahmewillige aus der lateinischsprachigen Schweiz sprechen sich in relativen Mehrheiten für die Vollgeld-Initiative aus (FCH: 42% Ja zu 27% Nein, ICH: 45% Ja zu 36% Nein). Weiter finden sich bei Jungen und tiefen sozialen Schichten (relative) Zustimmungsmehrheiten.

Erst die zweite Umfrage wird zeigen, ob sich diese Sympathien halten oder ob sie mit zunehmender Auseinandersetzung mit dem Vorhaben erodieren.

Argumente

Die Geldschaffung von Geschäftsbanken wird als Risiko in Bezug auf Finanzblasen erachtet (62% eher/sehr einverstanden). 59 Prozent finden, Geldschaffung sei eine Staatsaufgabe und solle der Nationalbank vorbehalten. Geteilt sind die Meinungen zum dritten Pro-Argument, dass Bankkunden bei Finanzkrisen keine Angst mehr um ihr Geld haben müssten (47% eher/bestimmt dafür, 48% eher/bestimmt dagegen).

Auf der Contra-Seite wird der Wechsel auf ein Vollgeld-System von 69 Prozent als riskantes Experiment gesehen. Dass es mit dem Systemwechsel zum Vollgeld künftig schwieriger und teurer werde Kredite zu erhalten, bejahen 54 Prozent der Teilnahmewilligen. Und dass die Nationalbank aufgrund der Verpflichtung, Geld künftig schuldfrei in den Umlauf bringen zu müssen politisch unter Druck gerate, sehen 51 Prozent als gegeben.

Insgesamt sind 43 Prozent eher den Ja- als den Nein-Botschaften zugeneigt. Damit ist die argumentative Zustimmung, auf aggregierter Ebene minimal höher als die bekundeten Stimmabsichten. Besonders im linken Umfeld ist man den Botschaften der Initianten stärker zugeneigt, als es die frühen Stimmabsichten vermuten lassen.

Die Übereinstimmung zwischen Inhalt und Stimmabsichten auf individueller Ebene ist mittel: 49 Prozent der Stimmabsichten lassen sich argumentativ erklären. Für die hohen Nein-Anteile sprechen das risikobehaftete Experiment, das dieser Systemwechsel gemäss den Gegnern darstellt und die Befürchtung, dass

Trend in der Meinungsbildung

es schwieriger werde, Kredite zu erhalten. Die Ja-Seite überzeugt mit dem Argument Geldschöpfung sei Staatsaufgabe am wirksamsten.

Der Dispositionsansatz postuliert für Initiativen folgendes Regelfallszenario: Mit dem Abstimmungskampf steigt die Ablehnungsbereitschaft einer Volksinitiative. Gleichzeitig sinkt die Zustimmungstendenz. Dieser Normalfall tritt nur dann nicht ein, wenn es zu einer eigentlichen Protestabstimmung kommt weil der Problemdruck hoch ist.

Trotz überzeugender Argumente werden die Initianten somit einen schweren Stand haben. Der Problemdruck ist aktuell schlichtweg zu gering. Ohne ein markantes Ereignis vor der Abstimmung ist für die Vollgeld-Initiative nur ein Szenario wahrscheinlich: die Ablehnung des Vorhabens am 10. Juni 2018.

Stichworte für die Berichterstattung

- negativ prädisponierte Initiative, geschlossener Parolenspiegel dagegen
- Vorsprung der Nein-Seite in der Ausgangslage, Meinungsbildung mässig fortgeschritten
- parteipolitischer Polarisierungsgrad zwischen FDP und SP am grössten, insgesamt aber schwach akzentuiert
- Sympathien für die Initiative bei Regierungsmisstrauischen, bei Jungen und tiefen sozialen Schichten
- in ländlichen Gebieten, in der italienisch- und französischsprachigen Schweiz anfängliche Sympathiebekundungen
- Argumente: stärkere staatliche Kontrolle vs. Risiko Systemänderung
- argumentative Abstützung der Stimmabsichten mittel und Problemdruck gering; Befürchtungen im Falle eines Ja bereits relevant meinungsbildend
- Potenzial für Meinungsveränderungen in Richtung Ja sehr gering, Ablehnung der Initiative wahrscheinlich

Vorläufige Teilnahmeabsichten

Gegenwärtige Teilnahmeabsichten

Am 21. April 2018 hätten 38 Prozent der Stimmberechtigten bestimmt an den Entscheidungen vom 10. Juni 2018 teilgenommen. Das ist für den Zeitpunkt vor einer Abstimmung ein vergleichsweise tiefer Wert. Die beiden Vorlagen scheinen das Stimmvolk nicht übermässig für eine Teilnahme zu motivieren.

Erfahrungsgemäss steigen die Beteiligungsabsichten im Abstimmungskampf zwischen 3 und 5 Prozent. Eine Teilnahme nahe am oder unter dem Legislaturdurchschnitt scheint bei dieser Ausgangslage somit wahrscheinlich.

Profil

Die Teilnahmebereitschaft fällt bei den Pol-Parteien überdurchschnittlich in der politischen Mitte unterdurchschnittlich (CVP: 31%, FDP: 35%) aus. Besonders stark ist die frühe Mobilisierung bei Wählenden der SVP und SP (aus (SP: 49%, GPS: 40%, SVP: 49%). Äusserst tief ist sie bei Wählerinnen und Wählern ohne feste Parteipräferenz (23%).

Stimmberechtigte, die den Behörden gegenüber Misstrauen hegen, zeigen sich in der Ausgangslage klar stärker mobilisiert, als solche, die der Regierung grundsätzlich vertrauen (Vertrauen: 33%, Misstrauen: 51%). Das ist insofern bemerkenswert, als tiefe Teilnahmewerte in aller Regel die Regierungsposition stärken

Die sprachregionale Verteilung der Teilnahmeabsichten entspricht dagegen dem bekannten Muster: Die Beteiligungsbereitschaft ist in der italienisch- und französischsprachigen Schweiz sichtbar tiefer als in der deutschsprachigen Schweiz (DCH: 42%, FCH: 35%, ICH: 30%).

Datengrundlage

Um sprachregionale Aussagen machen zu können, haben wir die Sprachminderheiten überproportional berücksichtigt. Diese wurden, um nationale Aussagen machen zu können, wieder ins richtige Verhältnis gebracht.

Tabelle 2

Technischer Kurzbericht SRG-Trend Volksabstimmung vom 10. Juni 2018

Auftraggeber	CR-Konferenz der SRG SSR
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Stichprobenplan Gabler/Häder für RDD/Dual-Frame; Verwendung der Swiss-Interview-Liste
Datenerhebung	telefonisch, computergestützt (CATI)
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	at random/Geburtstagsmethode im Haushalt Sprachregionen
Befragungszeitraum	16.–26. April 2018 mittlerer Befragungstag: 21. April 2018
Stichprobengrösse	minimal 1200, effektiv 1201 n DCH: 701, n FCH: 300, n ICH: 200
Stichprobenfehler	± 2.9% Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)
Quotenmerkmale	Geschlecht/Alter interlocked
Gewichtung nach	Dual-Frame-Gewichtung, Sprache, Teilnahme, Parteiaffinität, Recall
Befragungsdauer Mittel	12.5 Minuten
Standardabweichung	2.3 Minuten
Publikation	4. Mai 2018, 06h00

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 10. Juni 2018 im Trend, 1. Welle, 16.–26. April 2018

Die Ergebnisse wurden mit einer MRP-Gewichtung¹ plausibilisiert; diese drängt sich eher bei nicht-repräsentativen Stichproben auf. Entsprechend waren die Auswirkungen auf unsere (repräsentativen) Ergebnisse quantitativ minimal und qualitativ unerheblich.

¹ MRP = Multilevel Regression with Poststratification

gfs.bern-Team



LUKAS GOLDER

Co-Leiter, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management

Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen/Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, Gesundheitspolitische Reformen.

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und auf dem Internet



MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)



ALEXANDER FRIND

Junior-Projektleiter, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsthemen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden



STEPHAN TSCHÖPE

Leiter Analyse und Dienste, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Koordination Dienstleistungen, komplexe statistische Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteien- und Strukturanalysen mit Aggregatdaten, Integrierte Kommunikationsanalysen, Visualisierung



AARON VENETZ

Datenanalytiker, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



NOAH HERZOG

Sekretariat und Administration, Kaufmann EFZ

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration



DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

Schwerpunkte:

Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung, Visualisierung



KATRIN WATTENHOFER

Projektassistentin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Medienanalysen, Visualisierungen



JOSÉ KRESS

Projektassistent, Soziologe

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse, Lektorate

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
Telefon: +41 31 311 08 06
Telefax: +41 31 311 08 19
E-Mail: info@gfsbern.ch
Website: www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

**SCHWEIZER
MARKTFORSCHUNG**
Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym

**gfs.bern**
Menschen. Meinungen. Märkte.